

Karin B. Schnebel *Hrsg.*

Europäische Minderheiten

Im Dilemma zwischen
Selbstbestimmung und Integration

 Springer VS

Karin B. Schnebel *Hrsg.*

Europäische Minderheiten

Im Dilemma zwischen
Selbstbestimmung und Integration

 Springer VS

Europäische Minderheiten

Karin B. Schnebel (Hrsg.)

Europäische Minderheiten

Im Dilemma zwischen
Selbstbestimmung und Integration

Herausgeber
Karin B. Schnebel
Geschwister-Scholl-Institut f.
Politikwissenschaft
München, Deutschland

ISBN 978-3-658-04713-9 ISBN 978-3-658-04714-6 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-04714-6

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

*Für Christian, Yoel-Delían
und Eleamalou*

Inhalt

Vorwort	11
Einleitung	13
<i>Karin B. Schnebel</i>	
I Theoretische Aspekte der Multikulturalismusdebatte	
Vielfalt und Ungleichheit? Plädoyer für eine Synthese von Umverteilung und Anerkennung	25
<i>Alexandra Weiss</i>	
Religiöse Vielfalt und soziale Homogenität in der Demokratie. Schritte zu einer theoretischen Analyse unter besonderer Berücksichtigung des Islam	49
<i>Oliver Hidalgo</i>	
„Die andere Moderne bei Cusanus“. Zur Einheit und Vielfalt in der aktuellen europäischen Integrationsdebatte	73
<i>Günther Rautz</i>	
Integration durch Leistung. Zur kritischen Verortung eines neuen Narratives österreichischer Integrationspolitik	89
<i>Oliver Gruber und Astrid Mattes</i>	

II Migrations- und Integrationsaspekte von Einwandererminderheiten

- Der Integrationsprozess aus der Perspektive der Mehrheitsbevölkerung.
Ein Modell für religiöse Minderheiten 119
Maria Grazia Martino
- Politische Partizipation von migrantischen Betriebsräten und
Kammerräten als Motor oder Bremse der Integration? 151
Daniel Furxer
- Ökonomische Einbürgerungsvoraussetzungen im europäischen
Vergleich: Irland, Dänemark und Österreich 165
Jeremias Stadlmair
- Kognitive Vorbedingungen politischen Handelns bei Studierenden
mit und ohne Migrationsgeschichte 201
Frank Reichert

III Einwandererminderheiten und nationale Minderheiten in Westeuropa

- 1 Problem – 16 Lösungen? Werkstattbericht zur Varianz
institutioneller Arrangements in der Migrations- und
Integrationspolitik deutscher Länder 239
Daniel Schamburek
- Je mehr, desto besser? Der Effekt unterschiedlicher Immigrantenanteile
auf die Toleranz gegenüber Immigranten in der Schweiz 261
Carolin Rapp
- Vereine als Quelle von Identität und Toleranz. Narrativ-biografische
Interviews mit engagierten MuslimInnen in der Schweiz 297
Michael Nollert und Amir Sheikhzadegan
- Nationale Minderheiten im fremden Land: Die Basken in Spanien 337
Karin B. Schnebel

IV Einwandererminderheiten und nationale Minderheiten in Osteuropa

Demografie und Minderheitenpolitik in Ostmitteleuropa: Die Ergebnisse der Volkszählung 2011	387
<i>Christoph Schnellbach</i>	
„Alte“ und „neue“ Minderheit, „alte“ und „neue“ Staaten. Roma – Integration als Beispiel für transnationalen Minderheitenschutz	411
<i>Katharina Crepaz</i>	
Die Autorinnen und Autoren	451

Vorwort

Dieses Buch entstand im Zusammenhang mit der 3-Länder-Tagung „Politik der Vielfalt“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) und der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW) vom 19. bis 21. September 2013 in Innsbruck. Bereits vor der Planung der beiden Panels „Minderheitenintegration in Westeuropa“ und „Minderheitenintegration in Osteuropa“ hatte ich die Idee, hierüber einen Sammelband zu erstellen, der auf der einen Seite die Minderheitenproblematik von der theoretisch-normativen Seite kulturalistisch hinterfragt und auf der anderen Seite neue Strömungen innerhalb der Minderheitenforschung aufzeigt.

Wenn man nun die aktuelle Situation betrachtet, haben sich einige ehemals gewalttätige Konflikte zwar mittlerweile beruhigt und sind „nur“ politische Konflikte, doch nach wie vor brodelt es unter der Oberfläche. Viele Konflikte in Europa können jederzeit wieder eskalieren, wenn die Politik unüberlegt handelt und Fehler macht. Es fehlen bis heute noch immer umsetzbare Konzepte, die unseren multikulturellen Gesellschaften neue Ideen liefern können, um das Zusammenleben in Zukunft mit für alle annehmbaren Perspektiven zu ermöglichen. Hierbei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass selbst für sinnvoll erachtete Konzepte immer wieder hinterfragt und an die Veränderungen der Gesellschaften angepasst werden müssen. Nach wie vor wird nach Formen der Integration oder auch einfach des Nebeneinanders gesucht, die multikulturelle Staaten nicht in ihrem politischen Handeln abbremsen und mit Hilfe derer die Demokratie gewährleistet werden kann.

Bei meinen Untersuchungen ist mir hierbei aufgefallen, dass sowohl Einwandererminderheiten als auch nationale Minderheiten viele gemeinsame Problematiken zu bewältigen haben. So stimmen vielfach auch die Konfliktlinien überein sowie vor allem auch die Schwierigkeiten, die beide Minderheitentypen gemeinsam haben. Beides sind Minderheiten, die sich vom Mehrheitsstaat unterscheiden

und daher Schwierigkeiten haben, sich in den Staat zu integrieren. Nationale Minderheiten haben jedoch mehr Optionen der Konfliktlösung beziehungsweise auch der Abgrenzung zu ihrem „Wohn-Staat“ zur Wahl. In allen Fällen geht es im Grunde um das Dilemma zwischen Selbstbestimmung und Integration, welchem die Minderheiten und auch der Staat unterliegen, da hierfür eine Politik gefunden werden muss, die diesem Anspruch gerecht wird. Dabei können zwar die Werte und die Lebensformen der Bürger aber nicht die grundlegenden Strukturen des Staates in Frage gestellt werden.

Ein Anliegen dieses Buches ist es, sowohl auf neue Entwicklungen der aktuellen Theorien als auf neue wissenschaftliche Befunde hinzuweisen. Darüber hinaus soll ein Überblick über die Breite dieses Themas geschaffen werden.

Für die Realisierung dieses Buches danke ich allen Autoren und natürlich auch den Organisatoren der 3-Länder-Tagung, wodurch viele neue Untersuchungen zum Thema angeregt wurden. Darüber hinaus danke ich auch Dr. Christian Boeser-Schnebel, der mir mit Rat und Tat zur Seite stand.

Einleitung

Karin B. Schnebel

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist es erstaunlich, dass trotz der globalisierenden Tendenzen und der damit einhergehenden Individualisierung, kulturelle Unterschiede wieder weiter in den Vordergrund rücken. Diese Entwicklung verwundert auch, da es gerade in Europa in den letzten Jahrzehnten viele Veränderungen gegeben hat. Der Kalte Krieg ist längst Geschichte und die osteuropäischen Länder haben den Weg zur Demokratie mit mehr oder weniger großen Hindernissen meist schon gefunden. Die Europäische Union wurde um viele osteuropäische Länder ausgeweitet, was auch eine Ausbreitung der demokratischen Vorstellungen und der damit begleiteten Wertvorstellungen mit sich brachte. Trotz (oder gerade wegen?) Globalisierung und Demokratisierung geraten nun kulturelle Unterschiede wieder stärker in den Vordergrund. Dies lässt sich an vielen Beispielen zeigen: An verschiedenen Orten in Europa streben Minderheiten nach mehr Selbstbestimmungsrechten und stellen damit die Integrationspolitik vor große Herausforderungen.

Wenn von Minderheiten die Rede ist, sind damit zum einen die nationalen Minderheiten gemeint, die auf ihrem angestammten Territorium leben und nach mehr Selbstbestimmung und Autonomie rufen; zum anderen sind damit Einwandererminderheiten gemeint, die zwar kein eigenes Territorium haben, aber dennoch Respekt und Anerkennung für ihre eigene Kultur in einem ihnen fremden Land beanspruchen. Zu den nationalen Minderheiten gehören beispielsweise die Katalanen und die Basken in Spanien, die Iren, die Deutschen (Schlesier) in Polen oder auch die Minderheiten in Flandern. Klassische Einwandererminderheiten sind die Türken in Deutschland oder auch in der Schweiz oder die afrikanische Minderheit in Frankreich. Auch die Roma erfordern von fast allen europäischen Ländern Integrationskonzepte und fordern die Politik sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf europäischer Ebene zum Handeln heraus. Die Parallelitäten zwischen Einwandererminderheiten und nationalen Minderheiten liegen hier beispielsweise

darin, dass es in beiden Fällen darum geht, dass Menschen sich in dem Staat, in dem sie leben, fremd fühlen.

Nun gab es schon zu allen Zeiten und an allen Orten Menschen, die sich von der Mehrheitskultur als entfernt betrachteten und sich bis heute als „fremd“ wahrnehmen. Dies zeigt Julia Kristeva in dem Buch „Fremde sind wir uns selbst“ sehr anschaulich. Es gab demnach schon immer Minderheiten, also Menschen, die entweder ihr Land aus ökonomischen Gründen verlassen haben oder die fliehen mussten; und es gab Völker, die sich durch Kriege beziehungsweise Eroberungen und Unterdrückungen nun plötzlich als Fremde im eigenen Land wiederfanden. Die Minderheiten- und Migrationsproblematik ist also keineswegs ein Phänomen des 20. oder 21. Jahrhunderts, sondern ist eine Herausforderung, welche schon immer bestanden hat, auch dann wenn es lange Zeit hierfür kaum Überlegungen zur Integration gab.

Hinzu kommt, dass die zunehmende Demokratisierung in Osteuropa die Minderheitenproblematik verschärft, weil sich jetzt ein Bewusstsein über die eigenen Rechte entwickeln konnte. Für die Politik wäre es nun ein Ziel, dass die daraus resultierenden Konflikte politisch so gelöst werden, dass das Ergebnis jeweils von möglichst vielen Angehörigen der Minderheiten und der Mehrheit angenommen werden kann. Ein weiteres Ziel hierbei wäre die präventive Vermeidung eines größeren Konfliktes. Eine Chance dies zu erreichen besteht in der Integration der Minderheitengruppen. Auf diese Weise könnte sich zudem eine möglichst große Anzahl an Menschen eines Staates in ihrem territorialen Lebensmittelpunkt wohl fühlen und ihren Wohnort beziehungsweise ihren Staat als ihre Heimat betrachten, wodurch sich die ganze Gesellschaft besser entfalten könnte.

Unabdingbar hierfür wäre, dass ein Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten nicht aufgrund von Unterdrückung oberflächlich friedlich bleibt, wie man es früher praktizierte – als Beispiel kann hier das ehemalige Jugoslawien genannt werden – sondern dass eine Gesellschaft entstehen kann, in der Menschen unterschiedlicher Ethnien frei zwischen verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten ihres persönlichen Lebens wählen können.

Auf der Suche nach Lösungen ist es für viele naheliegend einen Blick auf die USA zu richten, denn die Vereinigten Staaten gelten als Einwanderungsland par excellence. Doch auch wenn es in den USA in vielerlei Hinsicht ein funktionierendes Modell im Umgang mit ihrer multikulturellen Gesellschaft gibt, ist die Situation in vielen europäischen Staaten, wie auch insgesamt in Europa, schwieriger, da die Ausgangslage des Staates, im Unterschied zu den Vereinigten Staaten, nicht die kulturelle und ethnische Unterschiedlichkeit ist.

Anders als in den USA sind in Europa sowohl Einwandererminderheiten als auch nationale Minderheiten nach wie vor mit der Problematik konfrontiert, dass die

fehlende Anerkennung, die nicht zuletzt auf politische Ursachen zurückzuführen ist, zu einer als minderwertig empfundenen Wahrnehmung ihrer selbst führt. Diese Selbstwahrnehmung ist sowohl für ihre jeweilige ethnische Gruppe als auch für die Gesamtgesellschaft problematisch, da sie individuelle und kollektive Entwicklungsmöglichkeiten hemmt. Hier wird die Ansicht vertreten, dass die Politik der europäischen Staaten Mitverursacher für diese problematischen Entwicklungen ist.

Um dieses auch für die Gesamtgesellschaft schwierige Hemmnis zu überwinden, sind daher konkrete politische Strategien erforderlich. Strittig ist, welche Wirkungen und Nebenwirkungen verschiedene politische Strategien mit sich bringen. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen: Welche kulturellen, religiösen oder sprachlichen Sonderrechte können und sollen den Minderheiten eingeräumt werden? Wie können die Minderheiten die optimalen Entfaltungschancen erhalten, die dann der ganzen Gesellschaft zu Gute kommen können? Was kann unter einer optimalen Entwicklung für die Gesellschaft verstanden werden? Welche Integrationskonzepte bestehen und wie könnten diese ausgebaut werden? Welche Barrieren und Widerstände bei der Mehrheitsgesellschaft gibt es, die die Ansprüche und Chancen der Minderheiten konterkarieren? Wie steht es umgekehrt mit Beobachtungen dahingehend, dass immer mehr Minderheiten aufgrund der in Aussicht gestellten Chancen auf Sonderrechte und Vorteile, regelrecht „konstruiert“ werden?

Ein zentrales Problem ist also, welche Integrationschancen die Minderheiten haben und welche Sonderrechte den Minderheiten eingeräumt werden können, damit Minderheiten einerseits nicht diskriminiert werden, andererseits jedoch die Fragmentierung der Staaten vermieden wird.

Eine Strategie könnte sein, die Anerkennung einer Minderheit mit ihrer jeweiligen Kultur in den Vordergrund zu stellen. Dies dient nicht zuletzt der Konfliktvermeidung und kann bessere Entfaltungschancen für alle eröffnen. Schwierig bleibt jedoch zu entscheiden, wie ein Gleichgewicht zu finden ist, zwischen Integrationsanreizen und -angeboten (beispielsweise Sonderregelungen für Einwandererkinder in Schulen) und Integrationsforderungen (beispielsweise Forderungen, die Landessprache zu sprechen). Hierbei ist zu bedenken, dass gerade Integrationsforderungen auch Assimilationstendenzen innewohnen. So kann unter Integration verstanden werden, dass die jeweiligen Minderheiten ihre Kultur weiterleben können oder auch dass sie die Gepflogenheiten, das politische System und die Sprache ihres Lebensmittelpunktes akzeptieren. Die völlige Übernahme von Traditionen und Kultur einer Mehrheitsgesellschaft würde jedoch einer Assimilation entsprechen. Es stellt sich also die Frage: Was meint Integration, die nicht assimiliert?

Um das Dilemma zwischen Selbstbestimmung und Integration noch zu konkretisieren, sollen hier einige aktuelle Problematiken angerissen werden.

Derzeit ist es insbesondere in Osteuropa das erklärte Ziel der Staaten, alle Minderheiten in den Staat zu integrieren. Manche Minderheiten mit eigenem Territorium haben jedoch noch immer den Wunsch einen eigenen Staat zu bilden beziehungsweise in ihren Herkunftsstaat integriert zu werden. Mehr Selbstbestimmung kann hier möglicherweise zu weniger Integration führen. Diese Problematik findet sich beispielsweise bei den Schlesiern in Polen, die sich kulturell stärker den Deutschen zugehörig betrachten als den Polen.

Ähnlich aber noch zugespitzter ist die Situation in Westeuropa und zwar bei den Basken im Baskenland. Dort wird in der Verwaltung und in der Schule bereits baskisch gesprochen. Die Basken selbst haben auf ihrem eigenen Territorium durch exzellente Sprachkenntnisse in der baskischen Sprache berufliche Vorteile erringen können. Aufgrund dieser Selbstbestimmungsrechte haben die Basken keine Notwendigkeit mehr, sich in den spanischen Staat zu integrieren, weil sie in sehr vielen Bereichen autonom agieren können.

Für eine Einwandererminderheit wie beispielsweise die Türken in Deutschland kann Selbstbestimmung in dieser Form keine Alternative sein, da sie unter einem stärkeren Integrationsdruck als die nationalen Minderheiten stehen.

So haben die Türken in Deutschland keine türkische Verwaltungssprache und durch ein türkisches Abitur in der Bundesrepublik nicht notwendigerweise Integrationsvorteile. Vielmehr kann ein türkisches Abitur auf einem deutschen Gymnasium sogar dazu führen, dass die AbiturientInnen, die sich für das türkische Abitur entschieden haben, anschließend feststellen, dass ihre Deutschkenntnisse und damit auch ihre Identifikation mit dem Land, in dem sie wohnen, nicht ausreicht, um beispielsweise Journalist oder Politiker zu werden oder in geisteswissenschaftlichen Berufen innerhalb Deutschlands Fuß zu fassen. Auch das Erreichen von Führungspositionen in der Wirtschaft kann aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse schwieriger sein.

In allen drei Fällen soll durch die Gewährung von Selbstbestimmungsrechten Chancengleichheit hergestellt werden, um die Integration zu befördern. Möglicherweise wird aber dadurch die Herausbildung einer Parallelgesellschaft wahrscheinlicher. Mehr Selbstbestimmungsrechte können also von einer Exklusion aus den Integrationschancen im bewohnten Land begleitet sein. Dies könnte nun weitergedacht werden: Ist Integration die Verpflichtung die Landessprache lernen zu müssen oder bedeutet Integration eigene Schulen bauen zu können? Könnte eine solche Sonderbehandlung aufgrund der dadurch erteilten Anerkennung tatsächlich dazu führen, dass Minderheiten sich besser integrieren, weil sie ihre Kultur als anerkannt betrachten? Zumindest ist es delikater, wenn Schutzsysteme die Erhaltung der Minderheitenkultur und -sprache fördern, wodurch aber die Minderheiten in ihrer eigenen Kultur verharren und diese vertiefen, was wiederum zur Folge haben